

Niederschrift

über die 9. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Donnerstag, **01.12.2005**, 17:00 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Frank Baumann, Frau Sybille Benning, Herr Heinz Georg Buddenbäumer, Herr Manfred Holtschulte, Herr Horst Kisnat, Herr Karl Kleine-Wilke Vertretung für Frau Elfriede Dalla Riva-Hanning, Frau Marliese Kosmider Vertretung für Frau Magdalene Gefroi, Herr Dieter Maager, Herr Stefan Weber,

von der SPD-Fraktion

Herr Thomas Fastermann, Herr Wolfgang Heuer, Frau Verena Marzinkewitz, Herr Kurt Pölling, Herr Karl-Heinz Winter,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Helga Bennink, Frau Ilse Schleef, Herr Reinhard Scholz, Herr Wolfgang Wiemers Vertretung für Herrn Jörn Möltgen,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Reuter,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Uwe Raffloer,

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Dr. Gerhard Bonn, Herr Michael Maas, Herr Dr. Georgios Tsakalidis,

von der Verwaltung

Herr Reinhard Adams, Herr Hartmut Bartmann, Herr Stephan Böhme, Herr Jörg Krause, Frau Dr. Helga Kreft-Kettermann, Herr Andreas Kurz, Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Oellers, Frau Gabriele Regenitter, Herr Christian Schowe, Herr Hartwig Schultheiß, Frau Susanne Stallmann, Herr Michael Tegtmeier, Herr Siegfried Thielen, Herr Ludger Wildenhues, Herr Ulrich Winter,

für die Schriftführung

Herr Ralf Renkhoff,

Es fehlten

Frau Elfriede Dalla Riva-Hanning, Frau Magdalene Gefroi, Herr Jörn Möltgen,

Gäste:

Herr Tuch (Referendar), Frau Völker (Referendarin)

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 9. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 01.12.2005

Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder (bei Bedarf)
2. Genehmigung der Tagesordnung
- 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern erforderlich ist.
3. Mitteilungen der Verwaltung
 - Mittelumsetzung (Amt 64)
 - 119. FNP-Änd. Stadt Greven AirportPark
 - DEK-Ausbau Veranstaltung am 7.12.2005
 -
4. Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen
 - Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion (Münster-Mitte) zur Berichtsvorlage V/0793/2005 (vgl. TOP 9)
 -
5. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen
- 5.1. Erweiterung Zentrum Kinderhaus
- 5.2. Wohnen im Alter, Fortschreibung 2005
- 5.3. Wohnanlage für demenzkranke Menschen mit angegliederten Wohnungen für Angehörige in Münster-Gievenbeck, Am Küchenbusch
Baumaßnahme der Friedrich und Irmgard Buschmann-Stiftung

V/0803/2005

III

V/0798/2005

V

V/0856/2005

V

<u>V/0849/2005</u> V	5.4.	Studentisches Wohnen in Münster Online-Befragung der Studierenden in Münster über ihre Wohnsituation
	6.	Stadtplanung
<u>V/0939/2005</u> III	6.1.	Bebauungsplan Nr. 242: Eisenbahnstraße / Friedrichstraße Beschluss zur Aufhebung
<u>V/0887/2005</u> III	6.2.	21. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplanes der Stadt Münster für den östlichen Teilbereich des Gewerbegebietes Steinfurter Straße / B 54 / Autobahn A 1 Abschließender Beschluss
<u>V/0918/2005</u> III	6.3.	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 388: Nienberge- Gewerbegebiet Steinfurter Straße / B 54 / Autobahn A 1 1. Beschluss über die Anregungen 2. Satzungsbeschluss
<u>V/0881/2005</u> III	6.4.	Bebauungsplan Nr. 497: Gremmendorf- Erbdrostenweg / Erich-Greffin-Weg / Loddenbach Beschluss zur Aufstellung
<u>V/0885/2005</u> III	6.5.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 494: Wolbeck - Gewerbegebiet südlich Wolbecker Windmühle / östlich Hofkamp Kenntnisnahme des Entwurfes
<u>V/0958/2005</u> III	6.6.	Geistviertel: Kommunikationsprozess einleiten - Förmliches Verfahren aussetzen
	6.7.	Bebauungsplan Nr. 478: Steinfurter Str. / York-Ring / Gasselstiege Sachstandsbericht der Verwaltung
	7.	Verkehr
<u>V/0758/2005</u> VI	7.1.	Ergebnisbericht zur Vorlage V/0398/2005 Bewilligung von Zuschussmaßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in 2006
<u>V/0972/2005</u> III	7.2.	Stellungnahme der Stadt Münster zum 2. Nahverkehrsplan SPNV Münsterland
<u>V/0904/2005</u> III	7.3.	Geiststraße - Ausbau der Bushaltestelle "Geiststraße" in Fahrtrichtung "Hochstraße"
	8.	Sonstiges

9. Beratung von Anträgen und Anfragen
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion (Münster-Mitte)
zur Berichtsvorlage V/0793/2005 (vgl. TOP 4)
10. Verschiedenes
- Umsetzung der "Fahrradstände Stubengasse"

Um 17:05 Uhr eröffnete der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer (SPD) die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder (bei Bedarf)
---------------------------------	---

Punkt 2 der Tagesordnung	Genehmigung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Herr Reuter (FDP) beantragte die TOPs 6.2 und 6.3 bei Bedarf nach hinten zu schieben, da die BV-West parallel tagt. Die Ergebnisse aus der BV-West sollten dem Ausschuss vor der Beratung vorliegen.

Herr Heuer (SPD) beantragte den TOP 6.7 vor den TOP 5 zu setzen, um die eingeladenen Architekten nicht unnötig lange warten zu lassen.

Der Ausschuss beschloss die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Punkt 2.1 der Tagesordnung	Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern erforderlich ist.
-----------------------------------	--

Die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern ist zu dem Tagesordnungspunkt 5.3 der öffentlichen Sitzung nicht erforderlich.

Punkt 3 der Tagesordnung	Mitteilungen der Verwaltung - Mittelumsetzung (Amt 64) - 119. FNP-Änd. Stadt Greven AirportPark - DEK-Ausbau Veranstaltung am 7.12.2005 -
---------------------------------	---

Herr Schowe teilte dem Ausschuss folgendes mit:

Mittelumsetzung (Amt 64)

Den Ausschussmitgliedern lag ein Bericht der Verwaltung über Mittelumsetzungen innerhalb des laufenden Haushaltsjahres vor, auf den Herr Schowe nochmals hinwies.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

119. FNP-Änderung Stadt Greven AirportPark

Zu den Planungen „Airport-Park Flughafen Münster-Osnabrück“ werden von Seiten der Stadt Münster keine Bedenken erhoben. Der inhaltliche Stand des Entwurfs zur 119. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greven entspricht dem im August d. J. im „Arbeitskreis Planung AirportPark FMO“ abgestimmten Stand.

DEK-Ausbau

Am 7.12.2005 laden die vier Bundestagsabgeordneten der Stadt Münster zu einer öffentlichen Veranstaltung ein. Die Veranstaltung findet im Gebäude der Stadtwerke Münster um 18.30 Uhr statt (parallel zur Ratssitzung).

Punkt 4 der Tagesordnung	Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen - Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion (Münster-Mitte) zur Berichtsvorlage V/0793/2005 (vgl. TOP 9) -
---------------------------------	---

Herr Heuer (SPD) gab bekannt, dass ein Antrag der SPD-Fraktion (Münster-Mitte) zur Berichtsvorlage V/0793/2005 vorliegt und unter dem TOP 9 beraten wird.

Punkt 5 der Tagesordnung	Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen
---------------------------------	--

Punkt 5.1 der Tagesordnung V/0803/2005	Erweiterung Zentrum Kinderhaus
---	---------------------------------------

Herr Schowe berichtete ausführlich aus der Sitzung der BV-Nord und erläuterte die dort eingebrachten Anträge und die Beschlüsse, die den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorlagen. Des Weiteren ging er auf die Empfehlungen des Beirates für Stadtgestaltung ein (Anlage 1 zur Niederschrift), der sich wie die Vorlage u. a. dafür ausspricht einen vorgeschalteten Beirat einzuberufen. Herr Schowe spricht sich dafür aus, diejenigen in der BV gestellten und beschlossenen Anträge (Antrag A-N/0041/2005 der SPD sowie Antrag A-N/0044/2005 von CDU/FDP), deren Antragsanliegen zwar im Grundsatz, aber noch nicht bis ins letzte Detail übereinstimmen über den Beirat abzuarbeiten und darüber in ein für alle Beteiligten tragfähiges Konzept zu integrieren.

Herr Heuer (SPD) fragte nach, inwieweit die Anträge zu den Entwicklungszielen von der BV-Nord abgehandelt wurden. Herr Schowe erläuterte anhand der als Tischvorlage verteilten Schnellmeldung die Beratungsergebnisse der BV-Nord und legte auch dar, welche Inhalte der o.g. Anträge 0041/2005 und 0044/2005 noch zu harmonisieren seien.

Nach ausführlicher Diskussion, in der die Fraktionen ihre Standpunkte darlegten, beantragte Herr Pölling (SPD) eine Sitzungsunterbrechung, um sich mit den anderen Fraktionen zu beraten.

Herr Heuer (SPD) unterbrach die Sitzung um 18:27 Uhr. Die Fraktionssprecher zogen sich zur Beratung zurück. Um 18:40 Uhr wurde die Sitzung fortgesetzt.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und ihn in die nächste Beratungskette zu schieben.

Zuvor sollte die Verwaltung in einem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD im Rat bzw. in der BV-Nord anstreben, einen von beiden Parteien mitgetragenen Änderungsvorschlag abzuklären.

Punkt 5.2 der Tagesordnung V/0798/2005

Wohnen im Alter, Fortschreibung 2005

Herr Bonn begrüßte die Vorlage. Er wies jedoch darauf hin, dass in dem Modell „Von Mensch zu Mensch“ ausschließlich ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt sind. In der Vorlage entstehe der Eindruck, dass es sich bei diesem Modell um professionelle Dienste handelt.

Im weiteren Verlauf der Diskussion erinnerte Herr Bonn an seine Bitte aus der 7. öffentlichen Sitzung (siehe Protokollnotiz zu TOP 5.1), münsterische SeniorInnen rechtzeitig an den Planungsprozessen zu beteiligen.

Herr Heuer (SPD) stellte an die Verwaltung die Frage: „Ist der Punkt 2.6 im Bericht über abweichende Beschlüsse im Rahmen der Bebauungsplanung technisch machbar?“

Herr Schowe und Herr Krause erläuterten, dass dies zwar grundsätzlich möglich sei. Jedoch handele es sich hierbei um eine der engsten Festsetzungen, die jede andere Form der Nutzung ausschließe und die jeweils planungsfallbezogen städtebaulich begründet werden müsse. Aus diesem Grund kann die Verwaltung eine entsprechende Festsetzung nicht empfehlen.

Nach ausgiebiger Diskussion schlug Herr Schultheiß vor, den Punkt 2.6 aus dem Bericht der Verwaltung über abweichende Beschlüsse umzuformulieren.

Der Ausschuss beschloss einstimmig die Formulierung des Beschlusspunktes 2.6 des Berichtes über abweichende Beschlussvorschläge (Anlage 2 zur Niederschrift) zu ändern. In Zeile 2 wird „**ggf. Flächen**“ ersetzt durch „**entsprechende Sonderwohnformen**“.

Der Ausschuss beschloss einstimmig den Bericht über abweichende Beschlüsse entsprechend zu ändern.

Sodann beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **geänder-**
ten Beschlussvorschlages zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

1. Angesichts der Zunahme des Anteils älterer Menschen in Münster, ist es erforderlich, Wohn- und Hilfeangebote nachfragegerecht bereitzustellen. Diese Angebote sind mit dem Ziel einer generationengerechten Stadtentwicklung auf die individuellen Lebens- und Bedürfnislagen älterer Menschen auszurichten. **Sie sollen darüber hinaus der wachsenden Nachfrage von barrierefreiem Wohnraum und Dienstleistungsangeboten von Menschen mit Behinderung, unabhängig von ihrem Alter, entsprechen.**
2. Die Verwaltung wird beauftragt:
 - 2.1 den Runden Tisch für Wohnprojekte und Initiativen systematisch sowohl zu einer Informationsbörse für interessierte Gruppen, Wohnungsunternehmen, bei Bedarf mit sozialen

Trägern und Pflegeeinrichtungen zu ergänzen, als auch zu einer Ansprech- und Servicestelle für Initiativen und Projekte weiterzuentwickeln,

- 2.2 die Weiterentwicklung von Wohnformen im Alter gemeinsam mit den pflegerischen Diensten und Einrichtungen im Rahmen der kommunalen Pflegeplanung im zweiten Halbjahr 2006 und danach jährlich darzustellen,
- 2.3 **die in Handorf im Rahmen des Feldversuchs durchgeführte Untersuchung an Hand einer eingehenden Bedarfserhebung unter angemessener Einbeziehung überörtlicher Erfahrungen zu vertiefen und ebenfalls bei anderen neuen Standorten mit Wohn- und Pflegeangeboten durchzuführen sowie den in Handorf und anderen Stadtteilen exemplarisch umgesetzten quartiersbezogenen Ansatz, soweit möglich und sachgerecht, auf andere Stadtteile Münsters mit der Perspektive zu übertragen, Wohnangebote für Seniorinnen und Senioren im Rahmen der Strategie „Neues Wohnen im Bestand“ zu schaffen,**
- 2.4 **die erweiterten Möglichkeiten der Wohnraumförderung und weiterer Förderprogramme des Landes NRW an der Schnittstelle von Wohnen und Pflege bei der Investorenberatung gezielt aufzugreifen, um die Vielfalt nachfragegerechter Wohnformen für Seniorinnen und Senioren sowie für Menschen mit Behinderung bedarfsgerecht weiterzuentwickeln; insbesondere die damit angesprochenen neuen Wohnformen „Gruppenwohnungen“ bzw. „Wohn- und Hausgemeinschaften“ sind geeignete Formen, um auch eine wohnquartiersbezogene Versorgung stadtweit zu erreichen,**
- 2.5 Dienstleistungspools und Betreutes Wohnen in die Entwicklung neuer Kooperationsformen im Sektor Service-Wohnen zu Hause, auch in Verbindung von professionellen Dienstleistungen mit ehrenamtlichen Tätigkeiten und Initiativen sowie mit der Wohnungswirtschaft zu entwickeln.
- 2.6 **im Rahmen der Bauleitplanung für jedes neue Baugebiet zu prüfen, ob für den jeweiligen Stadtteil ein Bedarf für seniorengerechtes Wohnen besteht und entsprechende Sonderwohnformen dafür vorzusehen bzw. Wohnmöglichkeiten im Bestand zu schaffen; die Verwaltung wird bei entsprechendem Bedarf um Prüfung gebeten, inwieweit bei bestehenden Bebauungsplangebieten im Wohnbestand im Sinne einer seniorengerechten Anpassung Bedarf besteht und gegebenenfalls für eine Umsetzung sorgen. Die Verwaltung wird ferner gebeten, die Initiativen durch Auswahl und Bereitstellung geeigneter Grundstücke zu fördern, um abseitige Lagen solcher Wohnanlagen in den Stadtteilen zu verhindern.**
- 2.7 **Die Verwaltung prüft mit der Wohnungswirtschaft und den Stiftungen konkrete Projektansätze sowohl im Bereich „Wohnen im Bestand“ als auch in Neubaugebieten mit dem Ziel beispielhaft neue Wohnformen für Senioren zu realisieren.**
3. Der stadtreionale Handlungsansatz, Förderinitiative Wohnen im Alter, wird befürwortet; die Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit den Umlandgemeinden den Handlungsansatz weiterzuentwickeln.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine unmittelbaren Kosten und Folgekosten entstehen.

**Punkt 5.3 der Tagesordnung
V/0856/2005**

Wohnanlage für demenzkranke Menschen mit angegliederten Wohnungen für Angehörige in Münster-Gievenbeck, Am Küchenbusch

Baumaßnahme der Friedrich und Irmgard Buschmann-Stiftung

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster als Treuhänder des Stiftungsvermögens der unselbständigen, örtlichen Stiftung "Friedrich und Irmgard Buschmann" beabsichtigt, ein Erbbaurecht am Grundstück der städt. verwalteten rechtlich selbständigen Stiftung Siverdes in Münster – Gievenbeck / Am Küchenbusch 15 zur vermessenen Gesamtgröße von 2.303 qm zu erhalten.
2. Der Rat stimmt der Absicht der Friedrich und Irmgard Buschmann-Stiftung zu, auf dem Grundstück zu Ziffer 1 eine Wohnanlage für demenzkranke Menschen mit angegliederten Wohnungen für Angehörige zu errichten.
3. Für die Erstellung einer Vorentwurfsplanung nebst Kostenschätzung nach DIN 276 für die überplan- und bebaubaren Flächen wird die städt. Wohnungsbaugesellschaft Wohn + Stadtbau GmbH beauftragt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 4.1 für das unter Ziffer 2 genannte Vorhaben rechtzeitig einen Antrag auf Gewährung öffentlicher Wohnbauförderungsmittel zu stellen und
 - 4.2 mit Blick auf eine künftige Betriebsträgerschaft des Projektes eine gesicherte Folgewirtschaftlichkeitsberechnung zu erstellen.
5. Die für die Projektentwicklung erforderlichen Mittel in Höhe von 18.000 Euro sind im Finanzplan des Wirtschaftsplanes der Friedrich und Irmgard Buschmann-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2006 vorzusehen.

Kosten/Folgekosten

Mit dem vorstehenden Beschlussvorschlag können mit Ausnahme der Planungskosten (s. Beschlusspunkt 5.) noch keine Kosten und Folgekosten genannt werden. Auf den städt. Haushalt kommen mit den vorstehenden Beschlussvorschlägen keine Kosten und Folgekosten zu.

Mittelbereitstellung und Finanzierung

Im Finanzplan der Stiftung Friedrich und Irmgard Buschmann für das Wirtschaftsjahr 2006 sind 18.000 Euro bereit zu stellen.

Befristung

keine

**Punkt 5.4 der Tagesordnung
V/0849/2005**

**Studentisches Wohnen in Münster
Online-Befragung der Studierenden in Münster
über ihre Wohnsituation**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung**Stadtplanung****Punkt 6.1 der Tagesordnung
V/0939/2005****Bebauungsplan Nr. 242: Eisenbahnstraße / Friedrichstraße
Beschluss zur Aufhebung**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

Der Bebauungsplan Nr. 242: Eisenbahnstraße / Friedrichstraße ist gemäß §§ 2 (1) und 1 (8) Baugesetzbuch aufzuheben.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.

**Punkt 6.2 der Tagesordnung
V/0887/2005****21. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplanes der Stadt Münster für den östlichen Teilbereich des Gewerbegebietes Steinfurter Straße / B 54 / Autobahn A 1
Abschließender Beschluss**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Aus dem Verfahren zur 3. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplanes der Stadt Münster für das „Gewerbegebiet südlich Steinfurter Straße (L 510) / östlich BAB A1“ wird ein Teilbereich - zwischen der Steinfurter Straße (L 510) im Norden und der parallel verlaufenden Straße Haus Uhlenkotten im Süden, unmittelbar westlich des Kreisverkehrs auf einer Länge von ca. 150 Metern – herausgenommen und als 21. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplanes fortgeführt
2. Im Erläuterungsbericht zur 21. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplanes der Stadt Münster wird die geplante Verkaufsfläche des Sondergebietes „Fachmarkt“ (Gar-tencenter) mit 4500 m² angegeben.
3. Der Entwurf zur 21. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplanes der Stadt Münster für den östlichen Teilbereich des Gewerbegebietes Steinfurter Straße / B 54 / Autobahn A1 wird abschließend beschlossen.

Der Erläuterungsbericht zur Flächennutzungsplanänderung wird ebenfalls beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Flächennutzungsplanänderung entstehen der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 6.3 der Tagesordnung
V/0918/2005**

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 388: Nienberge- Gewerbegebiet Steinfurter Straße / B 54 / Autobahn A 1
1. Beschluss über die Anregungen
2. Satzungsbeschluss

Der Ausschuss beschloss einstimmig die Beratung der Vorlage in den Hauptausschuss zu vertragen.

**Punkt 6.4 der Tagesordnung
V/0881/2005**

Bebauungsplan Nr. 497: Gremmendorf-Erbdrostenweg / Erich-Greffin-Weg / Loddenbach
Beschluss zur Aufstellung

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

Für den Bereich nördlich des Erbdrostenweges / südöstlich des Loddenbachsees im Stadtteil Gremmendorf ist gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplan zur Festsetzung von Art und Maß der baulichen Nutzung, der überbaubaren Grundstücksflächen und der Verkehrsflächen aufzustellen.

Innerhalb dieses Gebietes liegen folgende Grundstücke:

Gemarkung Münster,

Flur 167: Flurstücke 156, 157, 161, 199, 201, 207, Teile der Flurstücke 158, 211

Flur 169: Flurstück 431, Teile der Flurstücke 145, 392

Kosten/Folgekosten

Durch die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens entstehen der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 6.5 der Tagesordnung
V/0885/2005**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 494: Wolbeck - Gewerbegebiet südlich Wolbecker Windmühle / östlich Hofkamp
Kenntnisnahme des Entwurfes

Die Verwaltung beantwortete die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 6.6 der Tagesordnung
V/0958/2005**

Geistviertel: Kommunikationsprozess einleiten -
Förmliches Verfahren aussetzen

Frau Dr. Kreft-Kettermann stellte die Vorlage vor und erläuterte das geplante Vorgehen.

Frau Marzinkewitz (SPD) erklärte, dass die SPD-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird und begründete dies.

Herr Reuter (FDP) befürwortet die Vorlage. Er vertrat die Meinung, dass das B-Planverfahren mit der bisherigen Zielrichtung nicht der richtige Weg für eine maßvolle Verdichtung ist und verwies in diesem Zusammenhang auf das Handlungsprogramm Wohnen.

Frau Bennink (Bündnis90/Die Grünen/GAL) sprach sich für ihre Fraktion eindeutig für die Vorlage aus.

Herr Maager (CDU) sprach sich dafür aus, dass der Ausschuss einen Beschluss mit breiter Mehrheit fasst, um für den Bürger klare Rahmenbedingungen zu schaffen. Sollte ein solcher Beschluss nicht möglich sein wird die CDU-Fraktion gegen die Vorlage stimmen - damit der B-Plan mit seiner bisherigen Zielrichtung weiter laufen kann.

Nach einer intensiven Diskussion und nachdem die Verwaltung Fragen zum Verfahren beantwortete, beantragte Herr Pölling (SPD) eine Sitzungsunterbrechung. Herr Heuer (SPD) unterbrach die Sitzung um 19:35 Uhr. Nach einer kurzen Beratungspause wurde die Sitzung um 19:53 fortgesetzt.

Der Ausschuss beschloss, die Vorlage bei 14 Gegenstimmen (CDU/SPD) und 5 Fürstimmen (Bündnis90/Die Grünen/GAL/FDP) abzulehnen.

Punkt 6.7 der Tagesordnung

Bebauungsplan Nr. 478: Steinfurter Str. / York-Ring / Gasselstiege Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Heuer (SPD) begrüßte den Geschäftsführer Herrn Beyer und Herrn Dipl.-Ing. Kumbrink von der BWN Facility GmbH & Co.KG und bat die Herren, das überarbeitete Konzept für die Bebauung des ehemaligen TÜV-Geländes vorzustellen.

Herr Beyer und Herr Kumbrink stellten die überarbeiteten Entwürfe für die Bebauung des Grundstückes vor und erläuterten die wesentlichen Unterschiede zur vorherigen Planung. Dies ist vor allem die Reduzierung der Höhenentwicklung auf jetzt 14 Geschosse. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für das B-Planverfahren, wie Verschattung, Lärmentwicklung, Verkehrserschließung, wurden nach Aussage der Projektentwickler bereits in der vorherigen Höhenentwicklung geprüft und führten zu keinen objektiven Problemen. Die Diskussion um die Stadtsilhouette müsse zwar geführt werden, nach Auffassung von Herrn Kumbrink handele es sich hierbei jedoch um eine rein emotionale Diskussion. Ein Vergleich der Stadtsilhouette zwischen früher, heute und zukünftig (mit dem neuen Gebäude), würde zeigen, dass das geplante Hochhausgebäude die richtige Wahl für diesen Standort ist.

Darüber hinaus erklärten Herr Beyer und Herr Kumbrink, dass die Vermarktung eines entsprechenden Objektes seine Zeit brauche. Das Projekt würde nur weiter entwickelt, wenn es gelingt einen „Ankermieter“ zu verpflichten der ca. 70 % der Fläche anmietet. Zurzeit fänden Gespräche mit Investoren statt und bis zum Jahresende hoffe man auf positive Ergebnisse.

Herr Winter (SPD) erklärte, dass für seine Fraktion die Diskussion um die Erhaltung der historischen Stadtsilhouette von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Des Weiteren erkundigte sich Herr Winter nach den Auswirkungen der Bebauung auf die Nachbarbebauung.

Herr Beyer und Herr Kumbrink erklärten, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen eingehalten würden und sie keine Probleme für die Realisierung sähen. Entscheidender sei, dass der Rat der Stadt Münster sich zu dem Projekt bekenne und das Projekt auch haben „wolle“.

Bei dem Projekt handele es sich um eine qualitativ hochwertige Bebauung, die optisch gelungen sei und an diesen Standort passe, davon seien die Projektentwickler überzeugt. Auch da-

von, dass sich die Stadtsilhouette durch dieses Projekt nicht negativ verändere. Sie würden dieses Hochbauvorhaben einer fünfgeschossigen, hochverdichteten Bebauung des Grundstückes, mit den entsprechenden Auswirkungen, die der vorhandene B-Plan zulasse, auf jeden Fall vorziehen.

Herr Winter (SPD) beklagte, dass für eine vernünftige Diskussion die Unterlagen nicht ausreichen.

Herr Maager (CDU) wies darauf hin, dass der Ausschuss diesen Sachstandsbericht gewünscht hat, und dass die Planungen weiter vorangetrieben werden sollten. Er begrüßte, dass in dem überarbeiteten Konzept die Anregungen der Anwohner berücksichtigt wurden und bedankte sich für den Vortrag.

Herr Reuter (FDP) schloss sich den Ausführungen von Herrn Maager (CDU) an. Auch er wies darauf hin, dass die Bedenken der Anlieger aufgegriffen wurden und dass der ursprüngliche B-Plan u. U. eine höhere Belastung des Umfeldes auslösen kann. Darüber hinaus vertritt er die Position, dass die vorhandene Stadtsilhouette schon heute von der historischen Stadtsilhouette abweicht.

Herr Heuer (SPD) wollte wissen, wie das Verfahren weitergeht, wenn im Dezember Fristen ablaufen und betonte, dass die Frage der Stadtsilhouette für seine Fraktion von großer Bedeutung ist.

Herr Beyer erklärte, dass die BWN auch nach Ablauf der Fristen an dem Projekt weiter festhalten wird, da sie davon überzeugt sind, für diesen Standort ein hochwertiges Konzept anbieten zu können. Sie gehen auch nicht davon aus, dass nach Ablauf der Fristen die Stadt das Grundstück von einem auf den anderen Tag verkaufen wird. Sobald die Frage der Vermietung entschieden ist, wird die BWN ein klares Konzept mit Präsentation des Mieters der Stadt Münster vorlegen. Für diese Präsentation wird mit Hilfe einer Simulation auch nochmals die Frage der veränderten Stadtsilhouette, im Vergleich zu damals, heute und zukünftig mit Projekt, aufbereitet.

Herr Raffloer (UWG) erklärte, dass es dem Ausschuss durchaus bewusst ist, dass das Verfahren seine Zeit braucht. Leider sei der Projektentwickler mit einem neuen Vermarktungskonzept an die Öffentlichkeit gegangen, das der Ausschuss nicht kannte.

Herr Schultheiß verdeutlichte, dass es heute nicht darum geht, eine Entscheidung zu treffen, sondern lediglich einen Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. Nach Fristablauf wird die Verwaltung dem Ausschuss eine Vorlage vorlegen, die das weitere Verfahren aufzeigt.

Herr Maas gab zu Bedenken, dass es sich um ein städtebaulich schwieriges Grundstück handelt. Durch eine „schleichende“ Gewerbeentwicklung an diesem Standort ist es aus seiner Sicht wichtig, dass an diesem Standort klare Akzente gesetzt werden.

Abschließend bedankte sich der Vorsitzende Herr Heuer (SPD) bei Herrn Beyer und Herrn Kumbrink für ihren Zwischenbericht.

**Punkt 7.1 der Tagesordnung
V/0758/2005**

**Ergebnisbericht zur Vorlage V/0398/2005
Bewilligung von Zuschussmaßnahmen nach dem
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in
2006**

Es lag eine Ergänzungsvorlage V/0758/2005/1 (Anlage 3 zur Niederschrift) vor.

Herr Bartmann stellte die Vorlage vor und erläuterte den Inhalt der Ergänzungsvorlage V/0758/2005/1

Der Ausschuss nahm die Berichte zur Kenntnis.

**Punkt 7.2 der Tagesordnung
V/0972/2005**

Stellungnahme der Stadt Münster zum 2. Nahverkehrsplan SPNV Münsterland

Herr Fastermann (SPD) stellte den Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Anlage 4 zur Niederschrift) vor und begründete diesen.

Herr Weber (CDU) erklärte, dass seine Fraktion den Antrag der SPD unterstützt, bat jedoch die Verwaltung um eine Einschätzung, insbesondere ob der Punkt 5 des Änderungsantrages an die richtige Adresse gerichtet ist.

Herr Dr. Oellers erklärte, dass es aus seiner Sicht keine Bedenken gibt, den Punkt 4 des Änderungsantrages mit aufzunehmen. Der Zweckverband SPNV Münsterland (ZVM) sei jedoch nicht die richtige Adresse um den Punkt 5 des Antrages zu prüfen. Herr Dr. Oellers legte dem Ausschuss nahe, eine Empfehlung dahin gehend auszusprechen, dass sich die Tarifkommission bzw. der Tarifausschuss des ZVM mit der Prüfung der Einführung eines Schülertickets im Münsterland befasst, in dem er, Herr Dr. Oellers, für die Stadt Münster vertreten ist.

Der Ausschuss beschloss den Punkt 4 des Änderungsantrages einstimmig.

Sodann beschloss der Ausschuss die geänderte Vorlage einstimmig.

Anschließend beschloss der Ausschuss einstimmig, eine Empfehlung an die Tarifkommission auszusprechen, sich mit dem Punkt 5 des Änderungsantrages auseinanderzusetzen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft nimmt den 2. Nahverkehrsplan SPNV zur Kenntnis.
2. Der Zweckverband SPNV Münsterland wird gebeten, auf eine Aufnahme der Strecken
 - Kbs 406 Münster – Warendorf
 - Kbs 407 Münster – Rheine – Enschede
 - Kbs 408 Münster – Coesfeld
 in den SPNV-Ausbauplan des Landes NRW hinzuwirken.
3. Der Zweckverband wird gebeten die Verbesserung der Infrastruktur des Hauptbahnhofes in den 2. NVP SPNV aufzunehmen und das Projekt bei der Umsetzung zu unterstützen.
4. Der Zweckverband SPNV Münsterland wird gebeten, im Rahmen der Qualitätsdefinition durch den Nahverkehrsplan (Kap. 3.3.1 und 4.1) darauf hin zu wirken, dass die Eisenbahnverkehrsunternehmen im Münsterland ihren Kunden ein Qualitätsmanage-

ment bieten, über das Anregungen und Beschwerden der Kundinnen und Kunden bearbeitet und beantwortet werden sollen.

Daneben wird der Zweckverband gebeten, die landesweit diskutierten Regelungen zu Fahrgastrechten und –garantien im Münsterland positiv zu begleiten mit dem Ziel, auch für die Fahrgäste in unserer Region diesen Service zu bieten.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten und Folgekosten entstehen.

**Punkt 7.3 der Tagesordnung
V/0904/2005**

Geiststraße - Ausbau der Bushaltestelle "Geiststraße" in Fahrtrichtung "Hochstraße"

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

Der Planung von 10/05 zum Ausbau der stadtauswärtigen Bushaltestelle „Geiststraße“ wird zugestimmt.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 30.000,00 €, aber keine Folgekosten entstehen. Die Maßnahme ist förderfähig.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahme unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltsatzung 2006 bzw. des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2005-2009 steht.

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
6100.935.0200.X	„Linienbusbeschaffungen, Investitionen ÖPNV, § 13 RegGNW“	2007	30.000,00	

Insgesamt:	30.000,00	
------------	-----------	--

Einnahmen				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
6100.361.0000.4	Zuw,L, Fahrzeugförd./ÖPNV- Investitionsmaßn.,@13 RegG NW	2007	24.000,00	80 % der zu- wendungs- fähigen Kosten

Insgesamt:	24.000,00	
------------	-----------	--

Punkt 8 der Tagesordnung**Sonstiges**

Herr Heuer (SPD) erklärte, dass in der Niederschrift zur 8. öffentlichen Sitzung der Beschluss zum TOP 7.4 „Zweispuriger Linkseinbieger Kreuzung Heumannsweg/Albersloher Weg“ nicht korrekt wider gegeben wurde. Hierzu wird es eine Korrekturseite geben.

Punkt 9 der Tagesordnung
Beratung von Anträgen und Anfragen
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion (Münster-
Mitte) zur Berichtsvorlage V/0793/2005 (vgl. TOP 4)

Herr Böhme erläuterte den Ergänzungsantrag der BV-Mitte (Anlage 5 zur Niederschrift) und beantwortete Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss beschloss den Punkt 3 des Ergänzungsantrages einstimmig.

Punkt 10 der Tagesordnung
Verschiedenes
- Umsetzung der "Fahrradstände Stubengasse"

Herr Schowe berichtete, dass die Fahrradstände und der Kiosk am Parkplatz Stubengasse für die Bebauung des Platzes abgebaut werden müssen. Die Fahrradstände werden am Hallenbad in Roxel und am Hallenbad Ost wieder aufgestellt. Somit muss die Stadt Münster keine Fördermittel zurückzahlen.

Der Kiosk wird von dem Fan-Club des SC-Preussen Münster übernommen.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Ende der Sitzung: 20:25 Uhr

Wolfgang Heuer
Vorsitz

Ralf Renkhoff
Schriftführung